

*In Kolumbien häufen sich Gewaltakte gegen Führer sozialer Bewegungen. SEMANA interviewt dazu den Ombudsmann **Carlos Alfonso Negret** (1.4.2017):*

„Es gibt ein kriminelles Phänomen, gerichtet gegen den Frieden“, warnt der Ombudsmann

Frage:

Sie haben soeben einen Sonderbericht über die Verletzlichkeit sozialer Führungspersönlichkeiten vorgestellt. Welches sind darin die grundsätzlichen Schlussfolgerungen?

Antwort:

In dem Bericht wird das Phänomen der Gewaltakte gegen Führer sozialer Bewegungen und von Menschenrechtsbewegungen im Zeitraum von Januar 2016 bis März 2017 untersucht. Es gibt vier grundsätzliche Feststellungen. Erstens stehen wir einer Situation genereller Verletzungen der Menschenrechte in der Bevölkerung gegenüber, die ein entschlossenes Handeln seitens des Staates erfordern. Zweitens liegt eine Hauptursache für dieses Phänomen in dem Bestreben illegaler bewaffneter Gruppen, die Territorien zu beherrschen, aus denen sich die FARC zurückgezogen hat, und um dort illegale Wirtschaftstätigkeiten zu kontrollieren. Drittens macht mich sehr besorgt, dass profilierte Anführer sozialer Bewegungen einem hohen Risiko ausgesetzt sind aufgrund der Stigmatisierung durch ihr Eintreten für den Frieden, die Regionen und die Umwelt. Und viertens kann diese schlimme Situation nur gebannt werden durch eine grundlegende Artikulierung des Staates und der Bürgerschaft.

F:

Während die Führer sozialer Bewegungen und die UNO sagen, es gebe eine systematische Gewaltanwendung gegen sie, bestreiten dies Regierung und Staatsanwaltschaft und sprechen von Einzelfällen. Welche Haltung nimmt der Ombudsmann dazu ein?

A:

Im Rahmen unserer Zuständigkeiten konnten wir feststellen, dass es sich um eine allgemeine Situation der Menschenrechtsverletzungen handelt, also des Lebens und der persönlichen Unversehrtheit. Ob es eine Systematik gibt, also dass dahinter ein zentraler krimineller Plan steckt, kann nur durch die dafür zuständige Behörde, also die Staatsanwaltschaft, festgestellt werden. Zurzeit ist uns nur klar, dass die Morde an Führern sozialer Gruppen nicht zufällig stattfinden. Sie sind die direkte Folge der Demobilisierung der FARC, der Bestrebungen illegaler bewaffneter Gruppen und der unzureichenden Fähigkeit der Staatsmacht, die verlassenen Territorien institutionell zu besetzen. Wir bestehen darauf, dass es sich um ein generelles Phänomen handelt, weil die Attentate gemeinsam haben, dass sie mit der gleichen Zielrichtung gegen Gruppen gerichtet sind, die ähnliche kommunitäre Prozesse angestoßen haben und in Zonen stattfinden, die sich geografisch und von der Zielrichtung der dortigen Politik her ähneln.

F:

Welche Zielrichtung?

A:

Zielrichtung ist vor allem, die Räume zu besetzen und dort territoriale Kontrolle auszuüben, damit sie später über die Einnahmen aus dem Drogenhandel, aus illegalem Abbau von Bodenschätzen und anderen illegalen Geschäften verfügen können. Diese Zielsetzung stößt regelmäßig bei Führern sozialer Bewegungen und bei Menschenrechtsaktivisten auf Widerstand, sodass ihre Umsetzung erschwert wird. Daher besteht die Strategie darin, Drohungen auszusprechen und Unruhe zu erzeugen durch die Stigmatisierung derjenigen, die z.B. sich für die Umsetzung des Friedensabkommens einsetzen hinsichtlich der Beseitigung von Drogenpflanzungen.

F:

Wissen Sie genau, wer die Betreiber sind?

A:

Ich kann nicht mit Sicherheit sagen, woher die Schüsse kommen. Trotzdem kann ich sehr wohl die Bewegungen von bewaffneten Gruppen beweisen, wie die der Autodefensas de Colombia (=Paramilitärs, A.d.Ü.), des ELN (zweitgrößte Guerrillagruppe, A.d.Ü.) und anderer illegaler bewaffneter Gruppen, die zu diesem kritischen Szenario beitragen. Ich habe keinen Zweifel: Es gibt ein kriminelles, gegen den Frieden gerichtetes Phänomen. Aber für den Frieden gibt es kein Zurück, sondern wir müssen ihm Druck verleihen und sichern, dass er fortschreitet.

F:

In mindestens der Hälfte der gemeldeten Morde hat die Ombudsbehörde mittels frühzeitiger Warnungen vor den Risiken gewarnt. Bedeutet das, dass diesen Warnungen nicht nachgegangen wurde?

A:

Als wir die Zonen und die Umstände miteinander verglichen, wo einige der Morde geschahen, stellten wir fest, dass 22 Dokumente existieren, in denen durch die Ombudsbehörde die zuständigen Behörden davor gewarnt wurden, dass die Morde wahrscheinlich geschehen würden. Und obwohl vielen Warnungen durchaus nachgegangen wurde, gab es Fälle, in denen die Reaktionen spät und ineffizient erfolgten. Das kann daran liegen, dass es keine geregelte Vorgehensweise für sofortige Reaktion gibt und dass es keine strikte Verpflichtung für die Departements- und Kommunalbehörden gibt, wie bei Warnungen zu reagieren ist. Ein Punkt im Friedensabkommen handelt von den Sicherheitsgarantien und er weist sehr deutlich auf die Notwendigkeit hin, diese Lücken zu schließen. Aber dafür braucht man Mittel, jedoch wird dem im Nachtragshaushalt, der sich in der Beratung befindet, nicht Rechnung getragen, denn man ist dem Antrag der Ombudsbehörde nach höheren Finanzmitteln nicht nachgekommen.

F:

Gibt es irgendeinen Beweis, dass der ELN zu den Gruppierungen gehört, die von der FARC verlassene Räume zu besetzen versucht?

A:

Wie ich bereits ausführte, hat der ELN seine Präsenz in früheren Einflusszonen der FARC in den Departements Vichada, Córdoba, Meta und in einigen Subregionen ausgedehnt. Über das Frühwarnsystem wurde auf die Dynamik der Ausdehnung des ELN hingewiesen. Dies erzeugt große

Besorgnis, denn es betrifft die Vereinigungen der Kleinbauern, der Afrokolumbianer und der Indigenen. Deswegen, und um die Bevölkerung zu schützen, ist es entscheidend, dass Regierung und ELN sehr bald zu einer Vereinbarung zur Deeskalation kommen.

F:

Wie wird in Ihrem Bericht die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft bei der Verfolgung dieser Fälle beurteilt?

A:

Die Nationale Kommission für die Sicherheitsgarantien, die geschaffen wurde, weil ihre Bildung im Friedensabkommen vorgesehen ist, hat gefordert, alle Kräfte zu bündeln, um diese Fälle aufzuklären. Der effektivste Mechanismus, um diesen Gewaltakten vorzubeugen, besteht in rigorosen Ermittlungen, die nicht nur feststellen, unter welchen Umständen ein Verbrechen stattfand, sondern auch die Verantwortlichen vor Gericht bringen. Ich schlage mit allem Respekt der Staatsanwaltschaft vor, alle Ermittlungsakten in der durch das Friedensabkommen geschaffenen Speziellen Ermittlungseinheit zusammenzuführen und auf der Basis der Auswertungsergebnisse eine zielgerichtete und integrierte Ermittlungsstrategie zu entwickeln.

F:

Von allen Morden an sozialen Führungspersonlichkeiten, die 2016 geschahen, fanden 31% im Departement Cauca statt. Wie erklärt es sich, dass in diesem Departement das Phänomen besonders häufig anzutreffen ist?

A:

Im Cauca, meinem Heimatdepartement, kommen vielfältige soziale und wirtschaftliche Probleme zusammen, was die Lage dort besonders konflikträchtig macht. Zudem gibt es geografische, politische und ethnische Unterschiede mit lange zurückliegenden Ursachen, die aber in den letzten Jahrzehnten wieder stärkeres Gewicht bekamen durch die bewaffnete Konfrontation wegen der Kontrolle über die Vertriebskorridore für Drogen in Richtung Pazifikküste und von dort weiter ins Ausland, wo sich der große Markt befindet. Kurz gesagt, das Cauca ist ein Departement, dessen Bewohner die Missbräuche und Anschläge durch alle illegalen bewaffneten Gruppen, die es Kolumbiens Geschichte je gab, stoisch ertragen haben. Aber jetzt gehen die Caucaner aufrecht und hoffen auf Frieden und auf die Präsenz des Staates.

F:

Angesichts der schwerwiegenden Befunde in Ihrem Bericht, gepaart mit der Stigmatisierung der Führer von Menschenrechtsbewegungen: Glauben Sie, dass der FARC bei ihrem Eintritt ins politische Leben Gleiches widerfahren könnte wie seinerzeit der Unión Patriótica?

A:

Ich möchte so denken und wünschen, dass dies nicht passieren wird und dass derzeit der Teufelskreis der Gewalt beendet wird. Aber es besteht ein Risiko, das ich als Ombudsmann nicht leugnen kann, weil die bewaffneten illegalen Akteure mit großer Intensität angreifen. Jetzt müssen mehr als je zuvor die Garantien bezüglich Prävention und Protektion greifen. Der Staat muss seine besten Leistungen erbringen, damit keine Eskalation stattfindet.

